



# NEWSLETTER

*Gemeinsam für unsere Heimat*



**Prof. (Univ.Lima) Dr. Peter Bauer, MdL**

*Patienten- u. Pflegebeauftragter der  
Bayer. Staatsregierung,  
Pflegepolitischer Sprecher, Frankensprecher*

**Wolfgang Hauber, MdL**

*Innenpolitischer Sprecher*

# Neuigkeiten aus dem Bayerischen Landtag und unserer Heimat Mittelfranken

Januar 2022

Liebe Leserinnen und Leser,

vergangenen Montag sind wir in die erste Sitzungswoche nach der parlamentarischen Winterpause gestartet – daher hatten wir alle Hände voll zu tun. Denn es stand so einiges auf unserer Agenda: **Bekämpfung der Inflation**, Schutz der öffentlichen Ordnung im Hinblick auf die aktuell stattfindenden **unangemeldeten Corona-Demos** sowie **der Förderstopp für energieeffizientes Bauen durch den Bund**. Außerdem empfangen wir **Verkehrsministerin Kerstin Schreyer** in unserer Fraktionssitzung, um mit ihr über die **Reaktivierung von Bahnstrecken** zu diskutieren und unser Abgeordneter Tobias Gotthardt ist seit vergangendem Donnerstag amtierender Vorsitzender des Landtagsbildungsausschusses. Wie es dazu kam und alle weiteren Details haben wir auf den nächsten Seiten für Sie zusammengefasst. Viel Vergnügen beim Lesen!



## Rückblick

### Inflation stärker bekämpfen: Energiepreise müssen bezahlbar bleiben – Bayern braucht auch Windkraft

Egal ob Strom, Gas, Heizöl oder Fernwärme: Die Energiepreise gehen durch die Decke und uns allen droht beim Blick auf die nächste Jahres-Nebenkostenabrechnung ein Schock. Deshalb haben wir ein **Energiekonzept entwickelt, das darauf ausgerichtet ist, von übersteuerten fossilen Energieträgern unabhängiger zu werden**. Es sieht unter anderem einen **kraftvollen Ausbau der erneuerbaren Energien** vor, zu denen aus unserer Sicht ausdrücklich auch die Windkraft zählt. Deshalb schlagen wir eine **Evaluierung der umstrittenen 10H-Windkraftregel** vor.

Das bayerische **Photovoltaikprogramm von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger** soll fortgeführt werden – die Initiative des Ministers zum **Ausbau der Wasserstofftechnologie** unterstützen wir nachdrücklich. Zusätzlich wollen wir die Inflation durch eine **Absenkung der Stromsteuer** bekämpfen – sie muss auf das europarechtliche Mindestmaß zurückgeführt werden. Zudem schlagen wir einen **monatlichen**

**Energiekostenzuschuss für Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen** vor, der sich aus den milliardenschweren Einnahmen der staatlichen CO<sub>2</sub>-Bepreisung speist. **Außerdem wollen wir die Pendlerpauschale deutlich erhöhen**. Schließlich ist der aktuelle Spritpreis Gift für die vielen Arbeitnehmer, die im Flächenstaat Bayern weite Strecken ins Büro zurücklegen müssen. Auch die deutsche Wirtschaft leidet unter hohen Kosten. Die **CO<sub>2</sub>-Bepreisung muss daher mit Augenmaß erfolgen** und gerade jenen **energieintensiven Unternehmen besondere Ausnahmeregelungen ermöglichen**, die im internationalen Wettbewerb stehen. [HIER](#) lesen Sie mehr.



### Förderstopp für energieeffizientes Bauen: Bundesregierung begeht glatten Vertrauensbruch



**Mehr Investitions-sicherheit für Bayerns Bürgerinnen und Bürger – unter der Prämisse „Fördern statt fordern“!**

Hans Friedl,  
Sprecher für Wohnen  
und Bauen der  
FREIE WÄHLER  
Landtagsfraktion

Seit vergangenem Dienstag können keine neuen Anträge mehr für KfW-Fördermittel in der Bundesförderung für effiziente Gebäude gestellt werden. Der Stopp betrifft die Neubauförderung des Effizienzgebäudes 40 und 55 sowie die energetische Sanierung. Endgültig eingestellt wird die Neubauförderung des EH55-Standards. Damit begeht die neue Bundesregierung einen klaren Vertrauensbruch. **Denn der Programmstopp verhindert unentbehrliche Investitionen in dringend benötigte Neubauten**. Hohe Zahlungen in die notwendigen Klimaschutzanstrengungen werden von privater Seite allerdings nur getätigt, wenn es dafür **Planungssicherheit und Vertrauensschutz** gibt. Somit stellt der Förderstopp die Klimaziele komplett auf den Kopf. Eine solche Maßnahme mit der vorläufigen Haushaltsführung des Bundes zu rechtfertigen, ist nahezu grotesk. Schließlich ist es Aufgabe

der Bundesregierung und ihrer Parlamentsmehrheit, den Bundeshaushalt 2022 auf den Weg zu bringen. **Daher lautet unsere Forderung: Mehr Investitionssicherheit für Bayerns Bürgerinnen und Bürger – unter der Prämisse ‚Fördern statt fordern‘!** Denn um der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt zu begegnen, hilft nur eins: **Bauen, bauen und nochmals bauen!** Mehr dazu [HIER](#).

## Unangemeldete Corona-Demonstrationen: Rechtsstaat muss wachsam bleiben

Das Versammlungsrecht ist eines unserer höchsten Rechtsgüter. Um dieses Recht zu garantieren, sind Deeskalation, Kooperation und Gewährleistung der Versammlungsfreiheit Eckpfeiler polizeilicher Arbeit. **Aktuell müssen Polizei und Kreisverwaltungsbehörden jedoch stets aufs Neue zwischen dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit und dem Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung abwägen.** Denn gerade die verharmlosend als „Spaziergänge“ deklarierten Proteste sind bereits mehrfach in Aggression und Gewalt ausgeufert – und werden damit zur Bedrohung für Polizisten und unbeteiligte Passanten. **Wir beobachten mit Sorge, dass ein kleiner, aber wachsender Teil aus dem rechtsextremen Lager diese Proteste für seine Agenda zu vereinnahmen versucht** und durch eine Verschärfung der Debatte die Spaltung der Gesellschaft befördern will. **Allerdings nützen verhärtete Fronten in einer solchen Ausnahmesituation ausschließlich denen, die mit vermeintlich einfachen Lösungen und gefährlichem Populismus in der bürgerlichen Mitte fischen.** Dabei sind mehr denn je Zusammenhalt und Solidarität unser Weg aus der Pandemie – darauf sollten wir alle uns besinnen. [MEHR HIER](#).



## Pflegebeauftragter Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer kritisiert Kürzung der Pflegehilfsmittelpauschale und bezieht klare Position



Mit der COVID-19-Versorgungsstrukturen-Schutzverordnung wurde den pandemiebedingten Preissteigerungen in diesem Sektor Rechnung getragen und im Jahr 2020 bundesweit die Pflegehilfsmittelpauschale von 40 Euro auf 60 Euro erhöht. Diese Erhöhung der Pauschale endete am 31.12.2021.

Alle Versicherten mit anerkanntem Pflegegrad, die zu Hause von Angehörigen oder einem ambulanten Pflegedienst versorgt werden, haben gemäß § 40 Sozialgesetzbuch XI Anspruch auf Pflegehilfsmittel im Rahmen einer 40 Euro-Pauschale. Dabei sollen die Pflegehilfsmittel dazu dienen, Pflege zu erleichtern, Beschwerden zu lindern und Selbstständigkeit zu fördern. Gerade die Preise von zum Verbrauch bestimmten Pflegehilfsmitteln, wie etwa Desinfektionsmittel, Mundschutz, Einmalhandschuhe oder Schutzschürzen, sind im Rahmen der Pandemie angestiegen. Um den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern

entgegengekommen, hat man die Pauschale richtigerweise im Jahr 2020 erhöht – und zwar auf 60 Euro. Trotz mehrfacher Verlängerung und Befürwortern einer beständigen Anhebung, wurde die Kürzung am 01.01.2022 auf 40 Euro vollzogen. Ein Vorgehen, das ich als Beauftragter in keiner Weise nachvollziehen kann!

Als Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung ist es mir überaus wichtig, dass die gesetzlichen Grundlagen im Sinne der betroffenen Bürgerinnen und Bürger weiter verbessert werden und deshalb setze ich mich dafür ein, dass die Erhöhung der Pauschale keine zeitlich begrenzte Sonderregelung bleibt, sondern unbefristet und regelhaft in das Gesetz überführt wird. Schon 40 Euro waren eigentlich zu knapp bemessen, um Pflegebedürftige und pflegende Angehörige bei den notwendigen Ausgaben der häuslichen Pflege finanziell zu entlasten. Außerdem ist die Pandemie noch nicht vorbei und die Preise sind stabil hoch geblieben.

Ich appelliere daher eindringlich an alle Verantwortlichen, diese Regelung zu überdenken und schnellstens zu korrigieren!

## Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung: Behördenverlagerung von Teilen des Verwaltungsgerichtshofes nach Ansbach

### Hauber: „Diese Entscheidung bildet einen guten Kompromiss“

*Weißenburg/Ansbach* - Mehrere Senate des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes sollen im Rahmen der Behördenverlagerung von München nach Ansbach verlegt werden. Der Gesetzentwurf der Staatsregierung wurde am Dienstag in erster Lesung im Bayerischen Landtag beraten. Ein Umzug der ersten beiden Senate und Teilen der Landesanwaltschaft wird zeitnah erfolgen. Eine Gesamtverlagerung von München nach Mittelfranken war aus sachlichen Gründen nicht angezeigt.

**"Diese Entscheidung bildet einen guten Kompromiss. Die Verlagerung von Teilen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs nach Ansbach ist ein gutes Zeichen für die Stadt und die gesamte Region“, so Wolfgang Hauber.**

Ende Juni letzten Jahres hat der Ministerrat die zweite Stufe der Behördenverlagerungen Bayern 2030 gestartet, deren Ziel eine Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen im gesamten Freistaat ist. Der Verwaltungsgerichtshof VGH umfasst insgesamt 21 Senate.

## Patientenbeauftragter Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer veröffentlicht Ergebnisse seiner Online-Umfrage „Der mündige Patient – Anspruch und Wirklichkeit“

Von August bis Oktober 2021 haben wir diese Umfrage durchgeführt. Meine zentralen Fragen bei der Umfrage waren: Was wollen Patientinnen und Patienten, wenn sie medizinische Hilfe benötigen? Was will man selbst, wenn dies der Fall ist? Decken sich unsere Ansprüche überhaupt mit der Realität? Erfüllt unser Gesundheitssystem unsere Ansprüche? Kann es sie überhaupt erfüllen? Welchen Einfluss hat der Wandel des Gesundheitswesens darauf (z.B. Digitalisierung).

Mündigkeit wird uns im Leben immer abverlangt. Auch in der Arzt-Patienten-Beziehung? Das war meine Kernfrage. Kann man überhaupt immer mündig sein, wenn man krank ist oder

vielleicht schon sehr alt und zudem medizinischer Laie. Lässt der Wissensvorsprung der Ärzte Mündigkeit überhaupt zu? Zusammengefasst also: Welche Ansprüche haben wir eigentlich als Patient und wie sieht die Wirklichkeit aus?

Mit meiner Online-Umfrage wollte ich Antworten auf diese Fragen finden – oder zumindest einen Einblick in die ‚Stimmungslage‘ der Patientinnen und Patienten in Bayern gewinnen. Dabei bin ich mir bewusst, dass wir nur einen Teil der Menschen mit der Umfrage erreichen konnten. Nämlich all diejenigen, die auch einen Internetzugang haben, zudem Zeit und generelles Interesse an der Thematik. Insofern erhebe ich nicht den Anspruch auf repräsentative Ergebnisse oder den Status einer wissenschaftlichen Studie.

Es freut mich sehr, dass insgesamt 1.221 Menschen aus allen bayerischen Regierungsbezirken mitgemacht haben; einige sogar von außerhalb Bayerns. Doppelt so viele Frauen wie Männer und die meisten zwischen 51 und 60 Jahren alt. Ungefähr 80 Prozent davon gesetzlich krankenversichert; so wie es in etwa dem Bevölkerungsdurchschnitt entspricht.

Haupterkenntnisse des Stimmungsbildes sind, dass Ärztinnen und Ärzte bei Beratung zu Gesundheitsfragen ganz klar die Nummer eins sind! Dabei werden an diese Berufsgruppe sehr hohe fachlich-menschliche Ansprüche gestellt. Und Arztpraxen und Krankenhäuser müssen heutzutage auch organisatorischen Ansprüchen standhalten. Deutlich gezeigt hat sich, dass viele Patientinnen und Patienten im Behandlungsprozess Partner sein möchten. Und wer unzufrieden ist, nutzt auch Zweitmeinungen oder wechselt die Praxis. Ärztliche Qualität messbar zu machen, ist aber keine Option für alle.

Zusammenfassend zeigt das Stimmungsbild, dass unser Gesundheitswesen sehr unterschiedlich erlebt wird. Klar ist aber auch, dass eine Arzt-Patienten-Beziehung immer etwas Besonderes ist und mitunter sogar lebenswichtig werden kann. Beide Seiten sind gefragt. Das Ziel ist immer ein menschliches Miteinander!

Die Broschüre zur Online-Umfrage steht zum kostenlosen Download auf dem Patienten- und Pflegeportal Bayern [www.patientenportal.bayern.de](http://www.patientenportal.bayern.de) bereit.

## Kurznews

### **Wolfsabschuss untersagt: Offensichtlich müssen zuerst Menschen zu Schaden kommen, ehe gehandelt werden darf**

**Das Bayerische Verwaltungsgericht hat den Abschuss des Problemwolfs im Alpenvorland vorerst gestoppt.** Das bedauern wir sehr, denn die Regierung von Oberbayern hatte im Vorfeld mit großer Sorgfalt abgewogen und eine klare Gefährdung für Menschen ausgemacht. Die Zunahme an Wolfsangriffen zeigt ganz deutlich: **Wir werden künftig nicht umhinkommen, den Wolfsbestand zu regulieren.**

[HIER](#) lesen Sie mehr.





## Lockerungen im Kulturbereich: Wichtiges Signal an gesamte Kultur- und Kreativszene

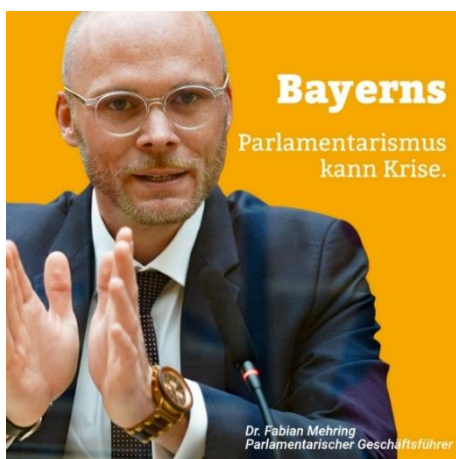
Am Mittwoch hat das Kabinett die Beschränkungen der Besucherzahlen im Kulturbereich deutlich gelockert. Ab sofort dürfen Vorstellungen wieder zu 50 Prozent belegt werden. **Damit senden wir ein Signal der Hoffnung an die Kultur- und Kreativszene, dass wir alles dafür tun wollen, um die kulturelle Vielfalt im Freistaat zu schützen und zu bewahren. [MEHR HIER](#).**

## Abberufung des Bildungsausschussvorsitzenden Bayerbach: Abwahl war der einzig richtige Weg

Wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag begrüßen die Abberufung Markus Bayerbachs (AfD-Fraktion) sehr. Denn wer junge Menschen mit Migrationshintergrund in Online-Chats pauschal als ‚christophob‘ und ‚deutschophob‘ verunglimpft, hat sich als Vorsitzender eines solch bedeutenden Ausschusses schlichtweg disqualifiziert. Unser bildungspolitischer Fraktionssprecher **Tobias Gotthardt, bisher stellvertretender Ausschussvorsitzender, übernimmt vorübergehend den amtierenden Vorsitz** und stellt sich der neuen Aufgabe, „voller Ehrfurcht und Energie“. [MEHR HIER](#).



## Wegen Omikron: Landtag tagt bis Ende Februar in hälftiger Besetzung



Vieles spricht dafür, dass wir mit Omikron eine neue Phase der Pandemie erreicht haben. **Deshalb müssen wir die geltenden Maßnahmen auf den Prüfstand stellen – auch im Parlament.** Um die Handlungsfähigkeit unseres Verfassungsorgans nicht zu gefährden, müssen wir deshalb im Landtag besonders vorsichtig sein. Folgerichtig tagen wir erneut in hälftiger Besetzung sowie mit verkleinerten Ausschüssen. **Diese Maßnahmen flankieren wir durch ein enges Testregime und Maskenpflicht im gesamten Maximilianeum.** Das alles zeigt: **Bayerns Parlamentarismus kann Krise!** [HIER](#) lesen Sie mehr.

## Kontakt und Impressum

<p><b>Wolfgang Hauber, MdL</b></p> <p>Abgeordnetenbüro Bahnhofstraße 19, 91781 Weißenburg</p> <p><b>Tel.:</b> 09141 / 99 70 170</p> <p><b>Fax:</b> 09141 / 99 70 172</p> <p><b>E-mail:</b> <a href="mailto:wolfgang.hauber@fw-landtag.de">wolfgang.hauber@fw-landtag.de</a></p> <p><b>Homepage:</b> <a href="http://www.mdl-wolfgang-hauber.de">www.mdl-wolfgang-hauber.de</a></p> <p><b>Facebook:</b> <a href="http://www.facebook.com/hauberwolfgang/">www.facebook.com/hauberwolfgang/</a></p> <p><b>Instagram:</b> <a href="http://www.instagram.com/hauberwolfgang/">www.instagram.com/hauberwolfgang/</a></p> <p><b>Twitter:</b> <a href="http://www.twitter.com/@HauberHauwei">www.twitter.com/@HauberHauwei</a></p>	<p><b>Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL</b></p> <p>Abgeordnetenbüro Weinbergstr. 47, 91623 Sachsen b. Ansbach</p> <p><b>Tel.:</b> 09827 – 207585</p> <p><b>Fax:</b> 09827 – 207586</p> <p><b>E-mail:</b> <a href="mailto:peter.bauer@fw-landtag.de">peter.bauer@fw-landtag.de</a></p> <p><b>Homepage:</b> <a href="http://www.frankensprecher.de">www.frankensprecher.de</a></p> <p><b>Facebook:</b> <a href="http://www.facebook.com/PeterBAUER.Frankensprecher">www.facebook.com/PeterBAUER.Frankensprecher</a></p> <p><b>Instagram:</b> <a href="http://www.instagram.com/peterbauerfrankensprecher">www.instagram.com/peterbauerfrankensprecher</a></p> <p><b>Twitter:</b> <a href="http://www.twitter.com/@frankensprecher">www.twitter.com/@frankensprecher</a></p>
---	---

Sollten Sie Fragen, Wünsche, Kritik oder auch Lob haben, melden Sie sich gerne bei uns. Wenn Sie ein Problem vor Ort haben oder eine Veranstaltung planen, kommen Sie einfach auf uns zu. Sollten Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, antworten Sie einfach auf diese E-Mail!